

## WOHLFAHRTSPFLEGE UND DAS GELD

► ... lautet das Thema dieser Sonderseite. Große Unternehmen stehen für Arbeitsplätze, Steuerzahlungen, Bereicherung der regionalen Wirtschaft. Dass auch soziale Organisationen Teil des Wirtschaftssystems sind, ist in der öffentlichen Wahrnehmung nicht so präsent.

► Um dies aufzuzeigen, hat die Mainzer Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vor zwei Jahren eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse jetzt

vorgestellt wurden. Dabei wird deutlich, welche wichtige Rolle der Arbeit dieser Organisationen zukommt.

► Die Arbeitsgemeinschaft hatte das Xit-Institut aus Nürnberg beauftragt, den sogenannten Social Return on Investment (SROI) exemplarisch für eine Auswahl von Trägern in Mainz zu analysieren. Prof. Hans-Christoph Reiss von der Hochschule Mainz begleitet das Projekt.

## Menschen aus 20 Nationen

**NACHBARSCHAFTSTREFF** In Laubenheim setzt sich ein Team für Bildung, Beratung und Freizeit ein

**MAINZ** (mer). Ein Beispiel für Gemeinwesenarbeit in Mainz ist der Nachbarschaftstreff in Laubenheim. An diesem Beispiel zeigt die SROI-Studie Kosten und Wirkung in diesem Segment der Sozialarbeit auf. Zwei Mitarbeiterinnen des Kinderschutzbundes und viele Ehrenamtliche organisieren Beratung, Bildungs- und Freizeitangebote für Bewohner des Viertels. Die Siedlung ist kulturell bunt gemischt, die rund 300 Menschen stammen aus zwanzig Nationen.

Meist sind es kinderreiche Familien mit niedrigem Einkommen. Wo viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und in allen Altersgruppen auf relativ engem Raum wohnen, ist das Zusammenleben nicht immer einfach. Wirtschaftliche Nöte bringen die Familien und die Kinder und Jugendlichen meist auch in anderen Lebensbereichen in Bedrängnis.

### Professionelle Helfer

Der Nachbarschaftstreff ist ein Ort, wo sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene einfach treffen und austauschen können. Sie finden dort auch professionelle Ansprechpartner, die in Problemlagen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Freizeitangebote für alle Altersgruppen sollen die Gemeinschaft stärken, Toleranz fördern und Konflikte vermeiden. Die Gemeinwesenarbeit soll dabei nicht die Probleme lösen, sondern die Gemeinschaft, die Familien und die Menschen so unterstützen, dass sie schwierige Lebenslagen selbst bewältigen können. Wichtig sind hierbei Angebote speziell für Kinder und Jugendliche zur Hausaufgabenbetreuung, Lernförderung und Internet-Cafés.

Die stadtnahe Wohnbau GmbH stellt dafür zwei Räume im Viertel zur Verfügung und fördert die Arbeit inklusive der Räume mit knapp 95000 Euro im Jahr (2014), die Stadt übernimmt Personalkosten in Höhe von 23000 Euro. Oder anders ausgedrückt: Für die Stadt Mainz und ihr Wohnbauunternehmen kostet der Nachbarschaftstreff 322

Euro pro Tag. Die Arbeit der Ehrenamtlichen hat laut Studie einen zusätzlichen Gegenwert von 77 Euro pro Tag.

### Entlastung an anderer Stelle

Diese Investitionen lohnen sich, wie die Analyse der Wirkungen konkreter Fallbeispiele zeigt, betont Prof. Hans-Christoph Reiss. Zum einen werden durch den Nachbarschaftstreff andere Angebote der Stadt entlastet, seien es Freizeitangebote oder Hortplätze. Ein Hortplatz wird im Schnitt mit 14,40 Euro pro Tag von Bund und Land bezuschusst. Die Stadt trägt die verbleibenden Kosten, die nicht über Elternbeiträge eingenommen werden können. Die Eltern der Siedlung in Laubenheim sind in der Regel allerdings davon befreit. Bei rund 20 Kindern bedeutet das alleine für Bund und Länder eine Einsparung von 288 Euro pro Tag. Jeder Fall, bei dem die Gemeinwesenarbeit durch frühzeitiges Erkennen oder frühzeitige Maßnahmen der Beratungsstellen die Notwendigkeit von Jugendamtmaßnahmen in Form von Hilfen zur Erziehung verhindern kann, vermeidet für die Stadt laut Studie Kosten zwischen rund 1000 Euro (Erziehungsberatung) und 17250 Euro (Sozialpädagogische Erziehungshilfe). Rechnet man die durchschnittliche Dauer dieser Angebote mit ein, liegt das Einsparpotenzial pro Person bei 29 bis 50 Euro pro Tag.

Die Stadt tritt für die ganze Siedlung auch in der Rolle des Vermieters auf. Auch hier helfe die Gemeinwesenarbeit, Kosten zu vermeiden. Die Beratung dreht sich häufig um Probleme im Bereich des Wohnens. Jede vermiedene Zwangsraumdung spart für die Wohnbau im Durchschnitt mindestens 1600 Euro für die Räumung selbst, 1900 Euro für Gerichtsprozesse und bis zu 3000 Euro an Mietausfall während einer Zwangsraumungsklage. Müsste die Wohnbau die Mieter im eigenen Infopoint beraten, müsste dort das Personal umgeschätzt 377 Euro im Monat, also 12,40 Euro pro Tag aufgestockt werden.

# Investitionen, die sich auszahlen

**WOHLFAHRTSVERBÄNDE** Studie für Mainz analysiert soziales Engagement als Wirtschaftsfaktor

Von Michael Erfurth

**MAINZ.** „Die Arbeit der Verbände bringt der Kommune mehr, als sie investiert.“ So bewertet Georg Seitz, Leiter des Diakonischen Werks Mainz-Bingen, die Ergebnisse der Studie. Regine Schuster, stellvertretende Landesvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, betont, dass mit dieser Untersuchung auch das wirtschaftliche Denken der Verbände hervorgehoben werde. Und auch Caritasdirektor Wolfgang Schnörr hebt hervor, wie anhand von Fallbeispielen in der Studie herausgearbeitet werde, welche Kosten auf die öffentliche Hand zukämen, wenn zum Beispiel Beratungsleistungen der Verbände nicht erbracht würden.

» Die Arbeit der Verbände bringt der Kommune mehr, als sie investiert. «

GEORG SEITZ, Diakonisches Werk Mainz-Bingen

Die Arbeitsgemeinschaft stehe für einen Gesamtsatz von rund 90 Millionen Euro im Jahr 2014 – und beschäftige fast 2000 Mitarbeiter, berichtet Prof. Hans-Christoph Reiss von der Hochschule Mainz. Darin seien die Krankenhäuser und die von Kirchengemeinden getragenen Kitas noch gar nicht enthalten. Zum Vergleich: Mainz 05 reiche mit seinem Rekord-Jahresumsatz 2013/2014 von 76,7 Millionen Euro nicht an die Wohlfahrtsverbände heran.

Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft machen die beiden kirchlichen Verbände Caritas und Diakonie etwa ein Fünftel aus. Für sie wurde eine SROI-Analyse für ihr gesamtes Angebot an sozialen Dienstleistungen im Mainzer Einzugsgebiet durchgeführt, um die Bedeutung für die Stadt exemplarisch zu untersuchen. Diese beiden kirchlichen Träger beschäftigten fast 600 Mitarbeiter, davon lebten rund 200 in Mainz. In ihre ambulanten und stationären Leistungen



Viele helfende Hände treffen auf dankbare Empfänger: Ein Beispiel für soziales Engagement als Investition in die Zukunft junger Menschen ist die Hausaufgabenhilfe – hier durch den Laubenheimer Nachbarschaftstreff des Kinderschutzbundes. Fotos: hbz/Kristina Schäfer

## FREIE WOHLFAHRTSPFLEGE MAINZ

► Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Mainz sind: Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie und Stadtjugendring.

► Die Dienstleistungen reichen von der frühkindlichen Bildung und Betreuung, unterschiedliche Beratungsstellen, Einrichtungen für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen bis hin zu Altpflege-, Wohn- oder Pflegeeinrichtungen.

der Pflege und Eingliederungshilfe, in Beschäftigungsangebote sowie Beratung und offene Hilfen investierte die öffentliche Hand im Jahr 2014 knapp 17 Millionen Euro. Etwa ein Fünftel davon (3,4 Millionen) kommt von der Stadt, die damit einen wichtigen Beitrag zu den sozialen Angeboten in Mainz leistet. Zusätzlich zu den öffentli-

chen Mitteln finanzierten die Verbände die Angebote durch eigene, kirchliche Mittel. Außerdem brachten Ehrenamtliche laut Studie im gleichen Jahr insgesamt 49000 Stunden Arbeit im Wert von 888000 Euro ein.

Das Geld, mit dem die öffentliche Hand und die Kirchen soziale Dienstleistungen finanzieren, sei nicht einfach verbraucht, so

Reiss. Die Untersuchung der Caritas und Diakonie in Mainz habe für 2014 gezeigt, dass mehr als die Hälfte der öffentlichen Mittel direkt wieder zurück an die öffentliche Hand fließen.

Denn Organisationen wie Seniorenheime, ambulante Pflegedienste oder Beratungsstellen beschäftigen Mitarbeiter, kaufen vor Ort ein und beauftragen Handwerksleistungen. Die da-

sicherung. Bei der Stadt Mainz selbst bleibe von diesen Rückflüssen nur ein sehr kleiner Teil hängen. Von 100 Euro, die die Stadt investiert, fließen nur 10 Euro direkt wieder an sie zurück, obwohl es sich meist um soziale Leistungen handle, zu denen die Kommune gesetzlich verpflichtet sei.

### Förderung aus vielen Töpfen

Auch wenn die Stadt weniger von den direkten Rückflüssen profitiert, würden die Angebote der Wohlfahrtsverbände in Mainz Früchte tragen. „Sie wirken zum einen wie ein Magnet, der vor Ort Beschäftigung und Wohlfahrt für die Bevölkerung schafft.“ Auf einen Euro, den die Stadt Mainz in die Angebote der freien Träger investiert, kommen 3,70 Euro aus öffentlichen Mitteln des Landes, des Bundes oder auch der EU sowie 2 Euro aus Spenden oder aus Kirchensteuern.

Und zum anderen zeige die Untersuchung, dass sich die Investitionen auch anderweitig auszahlen. „Die Angebote unterstützen und qualifizieren Menschen, beraten sie in schwierigen Lebenslagen, verhelfen ihnen zu Stabilität und Selbstständigkeit in ihrem Leben. Das vermeidet an ganz anderen Stellen Kosten, auch für die Stadt Mainz.“

Die Studie hat am Beispiel der Gemeinwesenarbeit des Kinderschutzbundes als Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Erziehungsberatung unterschiedlicher Träger in Mainz herausgearbeitet, welche Wirkungen hier entstehen und an welchen Stellen dadurch Kosten eingespart werden.

» Sie wirken ... wie ein Magnet, der vor Ort Beschäftigung und Wohlfahrt für die Bevölkerung schafft. «

SROI-SOZIALSTUDIE

raus entstehenden Lohnsteuern, Solidaritäts- und Sozialversicherungsbeiträge und Steuern summierten sich auf 54 Prozent der öffentlichen Mittel. Anders ausgedrückt: Wenn die öffentliche Hand 100 Euro für Leistungen ausgibt, die die beiden Wohlfahrtsverbände für die Mainzer erbringen, nehme sie 54 Euro direkt wieder ein. Wenn die Gesellschaft in Soziales investiert, investiert sie also immer auch in die eigenen Sozialsysteme, nicht nur in die Lebensqualität der Menschen, sagt Reiss.

Nun fließt der größte Teil der genannten 54 Euro an öffentliche Kassen der Bundesebene. Große Teile der Lohnsteuern und Mehrwertsteuern beispielsweise nimmt der Bund ein, auch die Länder erhalten einen Anteil. Das Meiste geht an die Sozialversicherungen: Rentenversicherung, Krankenversicherungen, Pflege- und Arbeitslosenver-



Beratungsgespräch (gestellte Szene) beim Nachbarschaftstreff des Kinderschutzbundes in Laubenheim – hier mit den Mitarbeitern (v.l.) Rana Hassonna, Dunja Mayer sowie Broder Petersen.

## TRENNUNG & SCHEIDUNG

► Die Studie listet auch ein Fallbeispiel aus der Trennungs- und Scheidungsberatung auf, in dem es um eine Familie geht, in der der Vater getrennt von seinen drei Kindern lebt. Der Vater leidet so stark unter der Ablehnung seiner Kinder, dass er arbeitsunfähig ist und depressive Phasen erlebt. Auch an Selbstmord hat er gedacht. Auch die Kinder leiden erheblich unter der Situation.

► Investiert die öffentliche Hand 3000 Euro in die Erziehungs- und Familienberatung, könnten in diesem Beispielfall Kosten für die Sozialsysteme (Krankenversicherung, Rentenversicherung, Kinder- und Jugendhilfe) in Höhe von bis zu 146000 Euro vermieden werden, heißt es in der Studie. Die Jugendhilfe ist in solchen Fällen häufig gefordert mit sozialer Gruppenarbeit

bis hin zur Fremdunterbringung in stationären Wohngruppen. Hieraus könnten – vorsichtig geschätzt – Kosten von 7800 Euro bis zu 130000 Euro alleine für die Folgebehandlung bei den Kindern entstehen.

► Diese Rechnung anzustellen bedeutet nicht, dass es der Beratung immer gelinge, drohende Eskalationen abzuwenden. Dies wäre eine weltfremde Annahme. Aber selbst bei großem Optimismus liege das Verhältnis von Investition zu Einsparung bei fast 1:4, im pessimistischen Szenario sogar bei 1:45. Auch wenn es nicht immer in der Hand der Beratungsstellen liege, das Schlimmste zu verhindern: Gelingt es, Eskalationen abzuwenden, ist der Wert für die Betroffenen unbezahlbar und die Einsparungen der öffentlichen Hand sind groß.

# Zwischen Hoffnung und Skepsis

**STADTRATSAUSSCHÜSSE** Politiker bewerten Auswirkungen auf konkrete Politik unterschiedlich / Prävention verhindert spätere Kosten

Von Heiko Beckert

**MAINZ.** Gerade in finanzschwachen Kommunen wird gern bei der Sozialarbeit gespart. Doch das könnte laut der SROI-Studie (Social Return of Investment; frei übersetzt: Sozialrendite), die die positiven Wirtschaftseffekte sozialen Engagements betont, grundfalsch sein. Deshalb findet Bürgermeister Günter Beck (Grüne), dass die Ergebnisse der Untersuchung für die

anstehenden Haushaltsberatungen der Stadt „von Bedeutung“ seien. Und Sozialdezernent Kurt Merkator (SPD) hofft sogar, dass sich die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) künftig sozialer Arbeit in Mainz gegenüber aufgeschlossener zeige.

Bei der Vorstellung der Studienergebnisse im Rahmen einer Sondersitzung von Jugendhilfe-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzausschuss gab sich Karsten Lan-

ge (CDU) allerdings skeptisch. Solche Untersuchungen habe er schon viele gesehen, beschied er. Zwar wolle er nicht grundsätzlich positive Effekte von sozialer Arbeit in Abrede stellen, doch die SROI-Studie sei einseitig. Sie ignoriere zum Beispiel indirekte staatliche Förderungen, wodurch die positiven Wirkungen überschätzt würden. Auch mögliche Folgekosten für die Stadt aufgrund fehlender Sozialarbeit würden übertrieben. „Das Plus

ist in Wirklichkeit gar nicht so groß“, ist Lange überzeugt.

Dieser Einschätzung mochten sich aber noch nicht einmal Parteifreunde anschließen. Claudia Siebner (CDU) etwa bestand darauf, dass eine präventive Sozialarbeit spätere Kosten für das Sozialsystem spare. „Ich glaube, das ist auch der ganz entscheidende Effekt“, meinte Siebner, die zudem auf eine grundsätzliche gesellschaftliche Verantwortung der Politik verwies.

Dass soziale Angebote automatisch eine größere Nachfrage, wie von Lange behauptet, provozieren, bestritt Sissi Westrich (SPD): „Es ist Not da, es sind Bedarfe da.“ Darüber hinaus dürfe nicht vergessen werden, dass soziale Einrichtungen und Organisationen „Teil des Wirtschaftssystems“ seien. Die Förderung des sozialen Friedens sehen schließlich Kerstin Bub (FDP) und Ruth Jaensch (Grüne) als zentrale Aufgabe sozialer Tätigkeiten.